

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 88/39
Telex: 6 86 846 pbbn d

Inhalt

Heinz Westphal MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, gratuliert Annemarie Renger zu ihrem 65. Geburtstag.

Seite 1

Jürgen Schmude MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, warnt vor der Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes.

Seite 3

Hans Urbaniak MdB zieht eine depremierende Bilanz der Sozialpolitik nach der Wende.

Seite 4

Heinke Salisch MdEP kritisiert, daß die Finanzminister den Sozialfonds der Gemeinschaft zusammenstreichen.

Seite 6

Rudolf Müller MdB hält Kiechle vor, daß gerechte Ausgleichsmaßnahmen für die Bauern möglich sind.

Seite 7

39. Jahrgang / 193

5. Oktober 1984

Aus der besten Tradition der Arbeiterbewegung

Zum 65. Geburtstag der sozialdemokratischen Politikerin Annemarie Renger

Von Heinz Westphal MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Am 20. September, als das Parlament über seine Stellung und Arbeit fünf Stunden lang diskutierte, blieb ein Platz leer. Annemarie Renger, die am Sonntag ihren 65. Geburtstag feiert, konnte diese Debatte nur am Radio verfolgen. Wer Annemarie Rengers jahrelanges Engagement für Reformen der Parlamentsarbeit und für das Ansehen des Deutschen Bundestages kennt, der weiß, wie schwer ihr der Verzicht auf aktives Eingreifen in diese Debatte gefallen ist. Eine schwere Operation zwang sie zu einer Pause von der Politik, und die Zeit der Rekonvaleszenz bis zu ihrer Rückkehr in unsere Mitte ist noch nicht ganz zu Ende.

Annemarie Renger ist aus bester Tradition der deutschen Arbeiterbewegung hervorgegangen. Das sozialdemokratisch bestimmte Elternhaus hat ihr erste Politikerfahrung schon früh und in schwerer Zeit vermittelt. Sie hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Gesinnungsgemeinschaft erlebt, der man lebenslang verbunden ist und die eben mehr ist, als Zweckorganisation zur Durchsetzung bestimmter Interessen. Ihre politischen Vorstellungen, die sich stets an den Sorgen und Nöten der arbeitenden Menschen orientierten, verlangten von den Mitwirkenden im politischen Ringen um die Ziele der deutschen Sozialdemokratie mehr als nur ein Ja zu pragmatischer Politik.

Zwei sozialdemokratische Politiker hat Annemarie Renger zeitlebens besonders verehrt und als Vorbilder anderen nahegebracht: Paul Löbe und Kurt Schumacher. Paul Löbe hat sie gelehrt, im Parlament den zentralen Ort der Politik zu sehen. Seit 1953 hat sie sich im Bundestag in den



verschiedensten Funktionen für den Ausbau unseres demokratisch-parlamentarisch verfaßten Staates eingesetzt. Der 13. Dezember 1972 markiert den Höhepunkt ihrer politischen Laufbahn. Die Wahl zur ersten Präsidentin des Parlaments war nicht nur ein großer persönlicher Erfolg, sondern auch ein Symbol dafür, daß die Zeit endgültig zu Ende ist, in der Frauen die Übernahme der höchsten Staatsämter verweigert wurde, obwohl die Gleichberechtigung schon in der Verfassung stand. Als Präsidentin des Deutschen Bundestages von 1972 bis 1976 und seither als Vizepräsidentin war sie souverän in der Ausübung der Leitung der Parlamentsarbeit und stets um Ausgleich in den manchmal harten politischen Auseinandersetzungen bemüht. Stil und Form der Repräsentation des Volkes waren für sie keine leeren Worte. Und der ständigen Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Volksvertretung hat sie sich bis heute mit Ausdauer und Leidenschaft verschrieben.

Annemarie Renger gehört einer Generation an, die den Terror des nationalsozialistischen Regimes und das Grauen des Zweiten Weltkrieges bewußt miterlebte. Die Zugehörigkeit zu dieser Kriegsgeneration mit all dem persönlichen Leid hat sie geprägt. Ihr Wunsch, in und mit der Sozialdemokratie an der Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung unseres Landes und der Verbesserung der Lebensverhältnisse unseres Volkes mitwirken zu können, ging in Erfüllung. Kurt Schumacher wurde ihr Lehrmeister. Als engste Mitarbeiterin und aufopfernde Pflegerin blieb sie bis zu seinem Tode 1952 an seiner Seite.

Im Sinne Schumachers hat sie sich für eine Öffnung der SPD zur Volkspartei eingesetzt, die im Godesberger Programm 1959 Ausdruck gefunden hat.

Als Mitglied in den Spitzengremien der SPD ist sie dieser Überzeugung, auch angesichts mancher politischer Niederlagen, treu geblieben. Ihre Position innerhalb der SPD hat sie weitgehend im Sinne des Bewahrens der programmatischen und politischen Vorstellungen von Godesberg gesehen. Ihr resolutes Eintreten für die Gleichberechtigung der Frauen im Arbeitsleben, in Politik und Gesellschaft, legt Zeugnis für konkretes Engagement zur Durchsetzung sozialdemokratischer Ziele ab. Dabei ließ sie sich auch nicht von Widerständen beirren, selbst wenn diese auch einmal aus den eigenen Reihen kamen. Auch ihr konsequentes Parteiergreifen für Israels Recht auf eine friedliche Existenz und für die deutsch-israelische Aussöhnung demonstriert, wie hartnäckig sie einmal als richtig erkannte politische Ziele verfolgt.

Der Deutsche Bundestag und die SPD können stolz darauf sein, diese immer noch jugendlich anmutende und temperamentvolle Politikerin in ihren Reihen zu haben. Zusammen mit der Bundestagsfraktion der SPD wünsche ich der Jubilarin Gesundheit und für ihren weiteren Lebensweg alles Gute.
(-/5.10.1984/ks/va)

+ + +



Schädlich und Überflüssig

Der Bundesrat gibt Grünes Licht für die massive Verschlechterung
des Jugendarbeitsschutzgesetzes

- Von Jürgen Schmude MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die mit dem Änderungsgesetz beschlossene Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes halte ich für schädlich und überflüssig. Nach eigenen Erfahrungen mit früheren Änderungsmaßnahmen finde ich sie auch empörend: Schon als Bundesminister für Bildung und Wissenschaft bin ich mit der Forderung der Wirtschaft konfrontiert worden, den Jugendarbeitsschutz in der jetzt geschehenen Weise einzuschränken. Dabei gehe es um die Beseitigung sogenannter "ausbildungshemmender Vorschriften". Ich habe damals darauf verwiesen, daß das Jugendarbeitsschutzgesetz 1976 nach langwierigen Beratungen als Kompromiß nahezu einstimmig vom Bundestag beschlossen worden ist. In ihm werde der Jugendarbeitsschutz nicht übertrieben, sondern nur im notwendigen Maße gewährt. Bevor angesichts dieser Vorgeschichte und Umstände eine Änderung auch nur in Betracht gezogen werden könne, solle man mir im einzelnen darlegen, inwiefern die bestehenden Vorschriften die Ausbildung behinderten und welches zusätzliche Ausbildungsplatzangebot nach einer Änderung zu erwarten sei.

Ich habe auf meine Fragen niemals eine Antwort bekommen und schon deshalb stets beharrlich jede Änderung abgelehnt.

Nun empört es mich, zu erleben, daß die jetzige Bundesregierung in ihrer einseitigen Parteinahme für die Interessen der Arbeitgeber die von mir erörterten Fragen erst gar nicht stellt. Zu dem Etikett "ausbildungshemmende Vorschriften" gibt es keine Erläuterung und keine Zahlenangaben. Das wundert mich überhaupt nicht, denn in den Berufen, deren Begünstigung durch die Änderung angeblich bezweckt wird, ist das Ausbildungsangebot in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen. So werden zum Beispiel seit langer Zeit wesentlich mehr Bäcker ausgebildet, als später in ihrem Beruf tätig sein können. Das Protokoll über die Bundestagsdebatte vom 21. September 1984 macht sehr anschaulich, wie die Redner der Regierungskoalition entsprechende Vorhalte stets unbeantwortet gelassen haben.

Die Entscheidung der Bundestags- und Bundesratsmehrheit, den Jugendarbeitsschutz abzubauen, bestätigt einmal mehr, daß sich mit dem Amtsantritt der jetzigen Bundesregierung eine grundsätzliche Wende zum Nachteil der Arbeitnehmerinteressen vollzogen hat.

Auch sorgfältig und mühsam ausgehandelte Kompromisse der früheren Jahre bleiben von diesem zielbewußt betriebenen sozialpolitischen Rückschritt nicht verschont.

Wir Sozialdemokraten werden es dabei nicht bewenden lassen, sondern der Bundesregierung und ihrer Koalition möglichst bald die negativen Konsequenzen der jetzigen Entscheidung entgegenhalten.
(-/5, 10, 1984/ks/va)

+ + +



Dokument des Sozialabbaus

Zum Sozialbericht der Bundesregierung

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Der Sozialausschuß des Deutschen Bundestages befaßte sich in dieser Woche mit dem Sozialbericht der Bundesregierung. Dieser Bericht macht wie kein anderes Dokument die sozialpolitische Wende seit dem 1. Oktober 1982 deutlich. Umverteilung von unten nach oben und Abbau von Arbeitsschutz, dies ist das Ergebnis eines zweijährigen Sozialabbaus.

Seit der Wende müssen Arbeitslose, Behinderte, Rentner und Sozialhilfeempfänger die Zeche der Massenarbeitslosigkeit bezahlen. Wissenschaftler haben errechnet, daß der "kleine Mann" durch Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben und gravierende Einschnitte in das soziale Netz bis 1985 um rund 176 Milliarden Mark belastet wird. Gleichzeitig werden im Sozialbereich eingesparte Milliardenbeträge mit Steuergeschenken und neuen Subventionen an Unternehmen und Besserverdienende weitergegeben.

Der Sozialbericht listet alle Einschnitte minutiös auf. Was er verschweigt, ist das Ergebnis dieser Politik. Denn dieses Ergebnis stellt der Sozialpolitik der Bundesregierung ein vernichtendes Urteil aus. Auch wenn die Bundesregierung dies immer noch nicht wahrhaben will, in der Bundesrepublik Deutschland ist eine neue Armut entstanden. Von den über zwei Millionen registrierten Arbeitslosen bezieht kaum mehr als ein Drittel Arbeitslosengeld; der Rest ist auf Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe angewiesen.

Im April 1984 hatte der Arbeitslosengeldempfänger durchschnittlich nur noch rund 950 Mark und der Arbeitslosenhilfeempfänger sogar nur noch rund 800 Mark zur Verfügung. Viele Familien sind von Leistungskürzungen, Abgabenbelastungen und Reallohnsenkungen gleichzeitig betroffen und können sich nur noch mit Sozialhilfe "über Wasser halten".

Dies ist die traurige Realität des Sozialstaates in der Bundesrepublik Deutschland. Wer dies mit wissenschaftlicher Genauigkeit wissen will, kann es im Sozialbudget der Bundesregierung nachlesen. Danach ist die Sozialausgabenquote von 1982 bis 1983 um 0,5 Prozent des Bruttosozialproduktes gesunken. Diese Entwicklung soll sich nach den Vorausberechnungen der Bundesregierung bis 1987 fortsetzen. Die Sozialausgabenquote soll dann unter 30 Prozent des Bruttosozialproduktes heruntergedrückt sein. Zum Vergleich: Noch 1975 lag diese Quote bei 33,7 Prozent. Das Volumen der Einsparungen, die allein im vergangenen Jahr gegenüber dem Rechtszustand von 1975 erreicht wurde, liegt bei 50 Milliarden Mark.

Schaut man sich die im Sozialbericht angekündigten Maßnahmen näher an, so ist mit einem Ende des Sozialabbaus nicht zu rechnen. So weist die Bundesregierung darauf hin, daß auf mittlere Sicht "weitere strukturelle Anpassungen" notwendig sind. Schon vorsorglich unterstellt die Bundesregierung "eine große Bereitschaft in der Bevölkerung, durch Zurückstellung von Ansprüchen die Finanzierung der sozialen Sicherung auch künftig zu gewährleisten". Was dies im Klartext bedeuten wird, kann sich jeder ausmalen.



Auch für die gesetzliche Rentenversicherung enthält der Sozialbericht Ankündigungen, die Versicherte und Rentner in Alarmstimmung versetzen müssen. So heißt es zum Beispiel, daß man die Rentenversicherung wieder mehr auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren und sie möglichst weitgehend von Verpflichtungen entlasten müsse, die dieser Aufgabe nicht dienen. Was dies konkret bedeutet, hat die Bundesregierung uns mit ihrem Kahlschlag bei den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten schon gezeigt. Nach den Ankündigungen im Sozialbericht wird es dabei wohl nicht sein Bewenden haben.

Der Sozialbericht der Bundesregierung fügt sich nahtlos in die Jubelmeldungen ein, die wir gerade in den letzten Tagen auch vom Bundesarbeitsminister vernommen haben. Da hieß es Anfang der Woche, daß die Bundesregierung

- die Rentenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit gerettet habe, mit der Kostendämpfung im Gesundheitswesen ernst gemacht habe, den Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt habe, die Zahlungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung gesichert habe und
- der Sozialpolitik neue Orientierung und Perspektive gegeben habe.

Die politische Realitätsblindheit und Blauäugigkeit des Arbeitsministers hat inzwischen Kanzler-hafte Züge angenommen. Dichtung und Wahrheit fallen bei ihm weit auseinander. Denn Tatsachen sind und bleiben:

- Die Arbeitslosigkeit ist seit der Wende um über 400.000 gestiegen. Der angebliche wirtschaftliche Aufschwung war bisher nur ein Aufschwung der Arbeitslosenzahlen.
- Die Bundesregierung hat durch die Verringerung der Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit große Finanzlöcher in der Rentenversicherung aufgerissen. Erstmals in der deutschen Sozialgeschichte wird die Rente auf Pump gezahlt. Im nächsten Jahr fehlen fünf bis sieben Milliarden Mark in der Rentenkasse.
- Die Bundesregierung hat der Selbstbedienung von Ärzten und der Pharmaindustrie im Gesundheitswesen tatenlos zugesehen. Die Folge: Der Krankenversicherung droht in diesem Jahr ein Defizit von über vier Milliarden Mark.

Dies und nichts anderes sind die Fakten. Mit seiner Rethorik und Rabulistik versucht Norbert Blüm, dies zu verschleiern. Er versteht sich immer mehr als verlängerter Arm des Kapitals. Die Interessen von Arbeitslosen, Arbeitnehmern, Rentnern und Behinderten sind bei ihm schlecht aufgehoben. (-/5.10.1984/ks/va)

+ + +



Absolute Priorität

Das Europäische Parlament vor einer Generalabrechnung zur Jugendarbeitslosigkeit

Von Heinke Salisch MdEP

Zu einer Generalabrechnung des Europäischen Parlaments mit der Untätigkeit des EG-Ministerrates und Kraftlosigkeit der Kommission in Sachen Jugendarbeitslosigkeit soll nach dem Willen der Sozialistischen Fraktion das EP-Plenum der nächsten Woche in Straßburg werden. Aktuellen Anlaß dazu liefert die Vorlage des Haushaltsentwurfs für 1985, in dem der Ministerrat - also das Gremium der nationalen Regierungen - unter der Spießführerschaft des deutschen Finanzministers Stoltenberg und seines britischen Kollegen geradezu blind vor dem Beschäftigungsnotstand in der Europäischen Gemeinschaft die Ansätze der Zahlungsermächtigungen des Europäischen Sozialfonds erneut zusammengestrichen haben, um ihre gescheiterte Agrarpolitik zu finanzieren. Damit wird der Anteil des Sozialfonds am Gesamthaushaltsvolumen auf 5,42 Prozent sinken.

Der Skandal ist nicht zu überbieten. Das Europäische Parlament, das in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Vergangenheit wiederholt eine deutliche Sprache gesprochen hat, muß diesem Ansinnen seinen entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Aus diesem Grund wird die Sozialistische Fraktion dem Plenum einen Entschließungsantrag vorlegen und sowohl an die EG-Kommission wie den Ministerrat eine Reihe von Anfragen richten.

Wir Sozialisten gehen davon aus, daß die absolute Priorität der Haushaltsanträge des Parlaments bei der Bekämpfung der Arbeitsnot der fünf Millionen erwerbslosen jungen EG-Bürger zu liegen hat. Für alle Institutionen wird diese Aufgabe zum Prüfstein innerer Glaubwürdigkeit.

Es liegt auf der Hand, daß die Kürzungen beim Europäischen Sozialfonds auch dann zu der Konsequenz einer unzureichenden Ausstattung der Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit führen, wenn nach dem Willen des Rates 75 Prozent der Strukturmittel für diese Aufgabe reserviert werden sollen. Schon heute kann nur ein völlig unzureichender Teil der Anträge, die beim Sozialfonds für konkrete Projekte der Arbeits- und Ausbildungsbeschaffung für Jugendliche gestellt werden, befriedigt werden.

Die Europäische Gemeinschaft braucht dringender denn je ein Programm "Arbeit für Europas Jugend". Die Kommission ist dringend aufgefordert, unverzüglich ein entsprechendes konkretes Aktionsprogramm vorzulegen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß das Europäische Parlament seit 1983 elf eindringliche Appelle mit praktikablen Vorschlägen für ein solches Programm an die Verantwortlichen in Rat und Kommission gerichtet hat. Die Antwort waren nichts als wohlklingende Absichtserklärungen, die im krassen Widerspruch zu der Praxis stehen, daß der Anteil der Mittel des Europäischen Sozialfonds am Gesamthaushalt der EG seit 1983 stetig geschwunden ist.

(-/5.10.1984/ks/va)

+ + +



Die kleinen Bauern ins Abseits gestellt

Verhängnisvolle Konsequenzen der Agrarpolitik Kohls

Von Rudolf MÜLLER MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der SPD-Bundestagsfraktion

Bundesminister Kiechle ist 17 Monate im Amt. In dieser kurzen Zeit hat sich die agrarpolitische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland radikal verändert. Nicht zum Besseren, wie er immer noch behauptet. Nein, alles ist schlechter geworden. Existenzangst, Hoffnungs- und Mutlosigkeit breiten sich immer mehr in der Landwirtschaft aus.

Es besteht Grund zur Klage. Die Brüsseler Beschlüsse vom 31. März 1984 benachteiligen einseitig die deutsche Landwirtschaft. Die Milchkontingentierung gefährdet die Existenz vieler kleiner und mittlerer Betriebe. Durch die "Milchrente" droht Milch aus Grünland- und benachteiligten Gebieten abzuwandern. Sie wird von besser strukturierten Betrieben und Gebieten in der Bundesrepublik Deutschland aufgekauft.

Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sinken auf breiter Front. Bei Milch ist Anfang nächsten Jahres mit einem Preiserückgang von acht bis zehn Prozent zu rechnen. Bei Getreide müssen sich unsere Bauern auf Preissenkungen bis zu zehn Prozent einstellen. Bei Rindfleisch sind die Marktpreise schon jetzt um zwölf Prozent zurückgegangen.

Derart gravierende Einschnitte hat es in der Nachkriegszeit noch nie gegeben. Die Einkommenslage der deutschen Landwirtschaft war noch nie so schlecht. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1983/84 sind die Einkommen um rund 22 Prozent zurückgegangen. Auch im laufenden Wirtschaftsjahr 1984/85 ist nach Berechnungen der Bundesregierung mit kräftigen Einkommenseinbrüchen zu rechnen. Besonders betroffen sind die Milchviehhaltenden Futterbaubetriebe. Trotz der beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen ist hier mit einem Rückgang der Einkommen von mehr als zehn Prozent zu rechnen.

Die Brüsseler Beschlüsse vom 31. März 1984 und die zusätzlich von der EG-Kommission ergriffenen Maßnahmen sind eine Gefahr für die bäuerlich strukturierte Landwirtschaft in der Bundesrepublik. Die von der Bundesregierung nach massiven Protesten der Bauern beschlossenen Hilfsmaßnahmen können die in Brüssel geschlagenen Wunden nicht wieder heilen. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang die fünfprozentige Anhebung der Vorsteuerpauschale zum 1. Juli 1984 zu nennen. Trotz der Zustimmung des EG-Gipfels haftet ihr nach wie vor der Makel des kalkulierten Rechtsbruchs an. Bundeskanzler Kohl hat sich zwar durchgesetzt, aber er und Finanzminister Stoltenberg müssen dafür in Europa noch einen hohen Preis zahlen. Andere Mitgliedstaaten werden nachziehen. Es droht ein Subventionswettbewerb, und zwar nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in anderen Bereichen wie Stahl, Textil und Schiffbau. Sparsamkeitsappelle der Bundesregierung werden in Brüssel künftig nur ein Hohngelächter ernten.

Wir sind dafür, daß den Bauern geholfen wird. Die Mehrwertsteuerpauschale von fünf Prozent aber ist nicht der richtige Weg. Durch umsatzbezogene Subventionen steigen die Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft weiter an. Die nördlichen Regionen werden begünstigt, die süddeutschen benachteiligt. Umsatzstarke Veredelungsbetriebe sind die Gewinner, kleine und mittlere Milchviehbetriebe die Verlierer.



Dazu zwei Beispiele: Ein intensiver Getreide-/Schweinemastbetrieb mit 60 ha und 3.000 Mastschweinen macht pro Jahr einen Umsatz von etwa einer Million DM. Er bekommt vom Staat einen Ausgleich von 50.000 DM, dem ein Verlust aus Getreideverkäufen von maximal 10.000 DM pro Jahr gegenübersteht. Der Kiechle-Ausgleich bringt ihm also einen Gewinn von 40.000 pro Jahr.

Ein mittlerer Milchviehbetrieb von 20 ha Größe und mit 20 Kühen macht in einem Gebiet mit absolutem Grünland etwa einen Umsatz von 100.000 DM. Er erleidet durch die Brüsseler Beschlüsse einen Gewinnrückgang von schätzungsweise 9.000 DM. Über den Mehrwertsteuerausgleich bekommt er 5.000 DM, bleibt für ihn ein Verlust von 4.000 DM. Der Große gewinnt, der Kleine verliert.

Unser Vorschlag für einen direkten flächenbezogenen Einkommensausgleich würde diese krasse Ungleichbehandlung vermeiden. Wir haben deshalb anlässlich der Beratung des Gesetzes über die Änderung des Umsatzsteuergesetzes im Deutschen Bundestag am 27. Juli 1984 einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem wir fordern, daß an die Stelle des umsatzbezogenen Mehrwertsteuerausgleichs ein flächenbezogener direkter Einkommensausgleich treten soll. Der Ausgleich soll folgende Elemente enthalten:

- Zum Ausgleich der preissenkungsbedingten Einkommensverluste wegen Abbau des Grenzausgleichs soll der Ausgleichsbetrag je ha nach dem Vorbild des direkten Aufwertungs- ausgleichs von 1970 nach verschiedenen Gruppen der Bodennutzung gestaffelt werden.
- Für Grünlandflächen, ohne alternative Nutzungsmöglichkeiten soll ein besonderer Zuschlag gewährt werden, der die negativen Auswirkungen der Milchkontingentierung ab- fängt.
- Der je Betrieb ausgezahlte Ausgleichsbetrag soll mit steigender Betriebsgröße degressiv gestaffelt werden.
- Der Ausgleich soll zunächst für eine Laufzeit von fünf Jahren gewährt und mit Beginn des dritten Jahres um je ein Viertel pro Jahr abgebaut werden.

Ferner halten wir ergänzende Hilfen für Landwirte in benachteiligten Gebieten als Entschädigung für ihre Leistungen zur Erhaltung von Natur und Landschaft für unerläß- lich und wollen zu diesem Zweck eine spürbare Aufstockung der Ausgleichszulage für be- nachteiligte Gebiete und Mittelgebirgsregionen.

Um den kleinen und mittleren Bauern wirksam zu helfen, fordern wir die Bundesregie- rung auf, umgehend den Gesetzentwurf für eine sozial gerechtere Verteilung der Bundes- zuschüsse in der Altershilfe für Landwirte vorzulegen. Unser Programm folgt dem Motto: Schnell und wirksam helfen, dabei aber gerecht und sozial vertretbar verteilen.
(-/5.10.1984/ks/va)

+ + +

